Gedankens mehr und mehr unanwendbar wurde. Wir möchten auch noch auf eine andere, von dem Verf. übersehene Triebfeder für die Umbildung der Anschauungen, auf das Bedürfniss der Reichsmatrikel, aufmerksam machen. Der Regensburger RA. von 1576 § 21 bestimmt: „Dieweil etliche Stände des Heil. Reichs, geistlichen oder weltlichen Stands, so hiebevör im Heil. Reich ihre Anlagen gehabt und contribuiert haben, nunmehr in Abgang kommen, gleichwohl derselben Landen, Leut und Güter, vom Reich herrührend und demselbigen ohn Mittel unterworfen, von andern Ständen besitzlich eingenommen worden seind, sollen auch dieselbigen als jetzige Inhaber darvon die gebührende Anlagen zur jetzigen Steuer ohnweigerlich — — abrichten und bezahlen.“ Zu einer Notwendigkeit wurde die Fixierung der Stimmen, als es sich im Westfälischen Frieden um die Aufnahme Schwedens als Reichsstand und die Entschädigung Brandenburgs für die pommerschen Abtretungen handelte. An die Aufstellung einer gesetzlichen Norm für die altfürstlichen Häuser wurde dabei nicht gedacht. Schon seit dem 16. Jahrhundert hatte der Reichstag das Recht in Anspruch genommen, nicht bloss bei der Erhebung neufürstlicher Häuser, sondern auch bei Stimmenteilungen und bei der Fortführung erloschener Stimmen über Zulassung oder Nichtzulassung zu beschliessen. Die dabei bisher von ihm beobachtete Praxis wurde nunmehr normgebend, man nahm die Dinge wie sie sich gewohnheitsrechtlich und unter der tatsächlichen Anerkennung des Reichstags entwickelt hatten.

R. Schröder.

Karl Lehmann, Verlobung und Hochzeit nach den nordgermanischen Rechten des früheren Mittelalters. München, 1882. Chr. Kaiser. 134 Seiten. 8.

Die vorliegende Arbeit zeigt ganz die exakte Methode Konrad Maurer's, dem der Verf. als dankbarer Schüler sein Werk gewidmet hat. Dieselbe peinliche Sorgfalt im Eingehen auf die partikularrechtlichen Verschiedenheiten, dieselbe vorsichtige Abwägung dessen, was dabei für ursprüngliche und was für spätere Rechtsbildung zu erachten, dieselbe Vorsicht insbesondere bei Rückschlüssen auf das südgermanische Recht, wobei der Verf. einerseits der relativ grösseren Altertümlichkeit der skandinavischen Rechtsquellen volle Gerechtigkeit widerfahren lässt, andererseits aber doch daran festhält, dass die südgermanischen Quellen aus der Zeit der Volksrechte im allgemeinen einer erheblich älteren Kulturstufe angehören. Hinsichtlich der Eigentümlichkeiten des isländischen Rechts kam für den Verf. besonders in Betracht, dass der Freistaat einerseits, wie dies seit Konrad Maurer's Untersuchungen feststeht, in vieler Beziehung ein moderneres Rechtsgebilde gewesen ist, andererseits aber durch seine insulare Lage und das längere Festhalten am Heidentum sich länger von den Einflüssen des kanonischen Rechtes freigehalten hat. Dass sich bei so gründlicher

und vorsichtiger Arbeit zuverlässige und wertvolle Ergebnisse auch für die deutsche Rechtsgeschichte herausstellen mussten, war selbstverständlich.

Der deutschrechtliche Dualismus der Eheschliessungsakte, Verlobung und Trauung, wiederholt sich auch im Norden. Der Verf. hat sich aber hinsichtlich des zweiten Aktes nicht an die in Deutschland übliche Terminologie gehalten; er versteht unter „Trauung“ den kirchlichen Eheschliessungsakt und bezeichnet den entsprechenden weltlichen als „Hochzeit“. Wir können dies nicht billigen. „Hochzeit“ ist kein juristischer Begriff, weder in der älteren Sprache, die darunter jedes Fest verstand, noch in der heutigen, die mit dem Worte viel mehr den Begriff der Vermählungsfeier als den der Vermählung verbindet (vgl. Grimm, DWB. IV, 2 S. 1640 f.). Wollte der Verf. den Ausdruck „Trauung“ vermeiden, weil die Trauung im Norden (wie übrigens vielfach auch in Deutschland) nicht der einzige entscheidende Akt war, so hätte sich „Vermählung“ oder „Eheschliessung“ immer noch besser als die von ihm gewählte Bezeichnung empfohlen.

Die Verlobung (*fæstning*) ist nach dem ältesten Standpunkte ein vor Zeugen abgeschlossener Vertrag des Verlobers mit dem Bräutigam. Die Braut spielt ursprünglich eine rein passive Rolle (*Gulathingslög* und zum Teil *Island*), meistens bedarf es aber schon ihrer zustimmenden Erklärung und manche Rechte lassen den Verlober ganz in den Hintergrund treten, so dass sie (unter dem Einflusse kanonistischer Anschauungen) die Selbstverlobung zwar bestrafen, aber nicht für ungültig erklären. *Island*, das die Geschlechtsvormundschaft bereits im wesentlichen beseitigt hat, gestattet der Wittve und der geschiedenen Frau die Selbstverlobung. Sonst wird der Verlober in bestimmten Fällen wegen Misbrauchs seiner Gewalt durch die Familie oder durch einzelne Beistände ersetzt, wofür das sächsische und langobardische Recht Analogien bieten. Der Verf. führt gegen Rive den Nachweis, dass das Verloberrecht ursprünglich ein Ausfluss der Geschlechtsvormundschaft war, besonders die götischen Rechte zeigen noch unverkennbar die Identität von Vormund und Verlober, während Norwegen und *Island* in Folge der Abschwächung der Geschlechtsvormundschaft das Verloberamt als eine isolierte familienrechtliche Aktion erscheinen lassen, was ähnlich bei dem „*reparius*“ des salischen Rechts wiederkehrt.

Als Frauenkauf erscheint die Verlobung nicht mehr, insbesondere ist der Ausdruck „*kono kaup*“ in dieser Richtung ebenso wenig technisch zu verstehen wie der entsprechende deutsche „eine Frau kaufen“. Wir können hierin der Beweisführung *Oliveronas*, die sich der Verf. angeeignet hat, nur zustimmen. Auch der „*mundr*“ ist keine dem deutschen *Muntschatz* entsprechende Gabe, schon der sprachliche Zusammenhang fehlt, da das Wort von *mynda* (geben, überliefern) herkommt. Der „*mundr*“ ist eine Gabe des Bräutigams an die Braut, wenn auch nach manchen Rechten durch den Verlober eingefordert und erst von ihm an die Braut abgeliefert. Die Vereinbarung des *mundr* bei der Verlobung und die Zahlung bei der Eheschliessung ist

für den Rechtsbestand der Ehe wesentlich, weshalb der *mundr* auch einem gesetzlichen Minimalbetrage (übrigens ohne ständische Abstufung) unterliegt. Mir ist es hiernach völlig unzweifelhaft, dass der „*mundr*“ mit dem deutschen Wittum identisch und nichts als der zeitgemäss umgewandelte Kaufpreis ist. Dem widerspricht es durchaus nicht, wenn das Wort in späteren Quellen oft in untechnischem Sinne begegnet, mit Morgengabe und Widerlage vermischt oder gar zur Bezeichnung der fraulichen Heimsteuer verwendet wird, alles Dinge, die bei dem deutschen Wittum u. dgl. unzählige Male vorkommen (vgl. Geschichte des ehelichen Güterrechts I, S. 86 ff. 94. 108. II, 1 S. 67 ff. 87 ff. II, 2 S. 235 ff. 243. II, 3 S. 337—349). Einen unmittelbaren Rest des alten Kaufpreises weist der Verf., der gegen Maurer, Olivecrona und Rive in ebenso vorsichtiger wie entscheidender Beweisführung den Ausgang der nordgermanischen Verlobung von dem Frauenkaufe feststellt, in der „*vingiæf*“ (Freundesgabe) der götischen Rechte und dem „*fæstningæfæ*“ (Verlobungsgeld) schwedischer Rechte, namentlich des uppländischen Rechts, nach. Es scheint sich damit verhalten zu haben wie mit dem *Solidus* und *Denar* bei den Saliern, dem *Launegild* bei den Langobarden, nachdem Wittum und *Meta* zu Gaben an die Braut geworden waren. Ob die Morgengabe (*morgingawa*, *morgingjöf*), die vereinzelt merkwürdigerweise ganz wie in einigen deutschen Rechtsquellen in die Morgengabe (*linfæ*) für die jungfräuliche Braut und die Abendgabe (*hæckiær giof*) für die wiederheiratende Wittwe zerfällt, ursprünglich ebenfalls eine Abzweigung des Kaufpreises gewesen ist, wie der Verf. vermutet, entzieht sich sicherer Kunde.

Die Verlobung war wie im südgermanischen Recht eine unerlässliche Vorstufe der Eheschliessung, aber sie begründete noch keine Ehe. Wie nach nordischem Recht im allgemeinen jeder Vertrag nicht bloss eine Willensbindung unter den Kontrahenten, sondern auch eine Dispositionsbeschränkung Dritten gegenüber bewirkte, so erwies sich auch die Verlobung nicht nur unter den Verlobten gegen einander und gegen den Verlober, sondern unter Umständen auch Dritten gegenüber wirksam: die zweite Verlobung und die auf dieselbe geschlossene Ehe war ungültig, so lange die erste Verlobung nicht auf gesetzlichem Wege aufgelöst war. Nach dem *Gulathingslög*, das auch hier den ursprünglichen Standpunkt bewahrt zu haben scheint, stand dem Bräutigam wie der Braut und dem Verlober eine Klage auf Vollziehung der Eheschliessung zu; wer sich der Pflicht entzog, verfiel der Friedlosigkeit (*utlægd*). Dieselbe Befugniss räumte Island dem Bräutigam ein gegen die Braut, den Verlober und jeden Dritten, der ihm die Braut vor-enthielt; aber Braut und Verlober ihrerseits hatten keine Klage auf Ehevollziehung gegen den pflichtsäumigen Bräutigam, nur Bestrafung desselben konnten sie verlangen. Und in derselben Weise abgeschwächt erscheint das Recht beider Parteien in Schweden und Norwegen mit Ausnahme des *Gulathings*. Allgemein galt der einseitige Rücktritt aus bestimmten gesetzlichen Gründen, die, charakteristisch genug, von den Ehescheidungsgründen wesentlich verschieden waren. Der Bei-

schlaf der Verlobten vor der Trauung wurde als Unzucht angesehen und mit der Unzuchtsbusse belegt. Brautkinder als solche galten als unehelich Erzeugte, erst die meisten schwedischen Rechte und die jüngeren norwegischen Christenrechte liessen hier, offenbar unter kirchlichem Einfluss, eine mildere Auffassung platzgreifen. Der Treubruch der Braut war kein Ehebruch, die Tötung des auf der Tat ertappten Ehebrechers stand nur dem Ehemann zu. Auch die Rechtssprache unterschied streng zwischen Ehe (hjúskapr), Ehegatten (hjon), bondi (Ehemann) und kona (Ehefrau) einerseits, und den Verlobten (festarmadr und festarkona, erst am Hochzeitstage brúdgumi und brúdr) andererseits. Der Umstand, dass der Bruch des Verlöbnisses mit Landesverweisung (utlaegð) bestraft wurde, während verschuldete Ehescheidung nur vermögensrechtliche Nachteile zur Folge hatte, erklärt sich, wie der Verf. richtig bemerkt, aus der Ehrenkränkung, die für den einen Verlobten und seine Sippe in dem grundlosen Rücktritt des anderen Teils von der Verlobung lag.

Wir sind auf diese Entwicklung näher eingegangen, weil sie für die Streitfrage über die Bedeutung der Verlobung und Trauung nach dem südgermanischen Recht entscheidend ist. Die Verlobung ist kein blosser obligatorischer Vertrag, sie ist der Ehevertrag selbst, zu dem aber der Ehevollziehungsvertrag hinzukommen muss, um die Ehe als solche herzustellen. Beide Akte bildeten ursprünglich ein einziges, ungetrenntes Rechtsgeschäft, und nachdem sich aus diesem tatsächlich zwei Akte herausgeschält hatten, die zeitlich getrennt vorgenommen werden konnten (gegenüber der in südgermanischen Quellen mehrfach bezeugten zweijährigen Frist kennen Norwegen und Island eine einjährige, die aber unter Umständen verdoppelt wurde), wurde doch die rechtliche Einheit beider Akte unbedingt festgehalten.

Der Ehevollziehungsakt (brullaup) bestand nach norwegisch-isländischem Recht wesentlich in dem öffentlich und förmlich vollzogenen Beilager, während das schwedische Recht die von dem Verloher vollzogene Trauung oder Brautgabe als den Hauptakt betrachtete, die vermögensrechtlichen Wirkungen der Ehe aber erst mit der Bettbeschreibung, den Erwerb der eheherrlichen Munt ebenfalls mit der Bettbeschreibung oder schon mit der Heimführung der Braut eintreten liess, eine Spaltung, die bekanntlich auch dem deutschen Recht vielfach geläufig war (vgl. u. a. Ssp. III, 45 § 3), aber offenbar erst auf späterer Entwicklung beruht. Das Ursprüngliche kann nur entweder die Trauung oder das Beilager oder, wie ich für das Wahrscheinlichste halte, die rechtsförmliche Übergabe (Trauung) der Braut zur Vollziehung des Beilagers gewesen sein. Die Rezeption des kanonischen Eheschliessungsrechts fällt im wesentlichen in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts.

R. Schröder.